

Datenschutzhinweise gemäß Art. 13 und Art. 14 DSGVO

Im Folgenden informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen der Durchführung der Hamburgischen Energie Härtefallhilfen (HEH) mit finanzieller Unterstützung des Bundes.

Allgemeines

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer Daten ist die

Investitions- und Förderbank Hamburg (IFB)
Besenbinderhof 31
20097 Hamburg
Telefon: 040/24846-0
Fax: 040/24846-432
info@ifbhh.de

Den Datenschutzbeauftragten der IFB erreichen Sie unter

Investitions- und Förderbank Hamburg
Besenbinderhof 31
20097 Hamburg
Telefon: 040/24846-0
E-Mail: datenschutzbeauftragter@ifbhh.de

Zweck und Rechtsgrundlage sowie Datenquellen für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten

Ihre Antragsdaten werden zum Zwecke der Bearbeitung Ihres Antrags auf Gewährung von Härtefallhilfen zur Milderung energiekrisebedingter besonderer Härten für KMU verarbeitet. Zudem erfolgt zum Zwecke der Betrugsprävention für die Prüfung der Antragsberechtigung ein Abgleich Ihrer Angaben im Antrag mit anderen der IFB ggf. bereits vorliegenden Informationen, insbesondere aus den Corona-Hilfsprogrammen.

Die Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung ergeben sich grundsätzlich

- a) zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt und dem Verantwortlichen übertragen wurde, aus Art. 6 Abs. 1 lit. e) Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) i.V.m. § 4 Hamburgisches Datenschutzgesetz (HmbDSG), § 4 IFB-Gesetz,
- b) zur Betrugsprävention gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. § 6 Abs. 2 Nr. 1 HmbDSG,
- c) aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO sowie
- d) aus Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO, soweit die Verarbeitung auf einer Einwilligung beruht.

Empfänger personenbezogener Daten

Ihre Daten werden - soweit erforderlich – an die im Förderverfahren beteiligten Stellen übermittelt, insbesondere aus Gründen der Betrugsprävention an die Hamburgischen Finanzbehörden zum Zwecke des Datenabgleichs steuerlicher Ordnungsmerkmale und der Kontoverbindung sowie ggf. im Falle von Vollstreckungs- bzw. sonstigen Beitreibungsmaßnahmen.

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung im Rahmen der Betrugspräventionsprüfung ist Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. § 6 Abs. 2 Nr. 1 HmbDSG, die Übermittlungsbefugnis an die Finanzämter ergibt sich zudem aus § 31a Abgabenordnung (AO); für die Übermittlungsbefugnis an das Landeskriminalamt (LKA) aus Gründen der Strafverfolgung ergibt sich die Rechtsgrundlage aus Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. § 6 Abs. 2 Nr. 3 HmbDSG. Mitteilungen über Zahlungen an die Finanzbehörden finden ihre Rechtsgrundlage in Art. 6 Abs. 1 lit. c) i.V.m. § 8 Abs. 2 der Verordnung über Mitteilungen an die Finanzbehörden (MV) i.V.m. § 93c Abs. 1 AO.

Übermittlungen an die Hamburger Behörde für Wirtschaft und Innovation (BWI), den Hamburgischen Landesrechnungshof und deren Beauftragte, die Hamburger Bürgerschaft sowie an das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), den Bundesrechnungshof und deren Beauftragte, die Prüfungs- und Aufsichtsbehörden des Landes und des Bundes und an die EU-Kommission erfolgen - soweit erforderlich und auf Verlangen dieser Stellen - zum Zwecke der Prüfung des Mitteleinsatzes bzw. zur Kontrolle der Einhaltung von landes- und bundeshaushaltsrechtlichen Vorschriften und EU-Beihilferechts. Die Rechtsgrundlage für diese Übermittlungen ist Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO i.V.m. § 8 Abs. 2 HmbDSG.

Ggf. erhalten auch von uns eingesetzte Dienstleister, die Auftragsverarbeitungen nach Art. 28 DSGVO erbringen, Ihre Daten, um diese gemäß den vorgenannten Zwecken zu verarbeiten.

Art der personenbezogenen Daten

Verarbeitet werden diejenigen personenbezogenen Daten, die die IFB im Rahmen des Antrags- und Bewilligungsverfahrens sowie im Rahmen der Abwicklung der Härtefallhilfe von Ihnen erhält. Zur Identitätsfeststellung und Antragsberechtigung kann es sich u.a. insbesondere um folgende personenbezogene Daten handeln:

- Personenstammdaten (z.B. Vor- und Nachname, Geburtsdatum, ggf. Firmenbezeichnung, Gründungsdatum, Branche)
- Kontaktdaten (z.B. Adresse, ggf. Adresse des inländischen Sitzes der Geschäftsführung oder, soweit kein inländischer Sitz vorhanden ist, Adresse der inländischen Betriebsstätte. Telefonnummer, E-Mail-Adresse)
- Legitimationsdaten (z. B. Ausweisdaten)
- Daten aus Preiserhöhungsschreiben der jeweiligen Energieversorger (z.B. Verbrauchsdaten)
- Kontodaten (z.B. Bankleitzahl, Kontonummer, BIC, IBAN der bei dem zuständigen Finanzamt hinterlegten Kontoverbindung)
- Steuerdaten (z.B. zuständiges Finanzamt, Umsatzsteuer-ID, Steuernummer, Steuer-ID)

Speicherdauer

Die Daten bleiben über den Zeitraum der Antragsbearbeitung hinaus zum Zwecke der Dokumentation und Revision nach den Bestimmungen des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (HmbVwVfG), der Landeshaushaltsordnung (LHO) und dem Europäischen Beihilferecht gespeichert. Ihre Daten werden nur so lange gespeichert, mindestens aber 10 Jahre, wie dies unter Beachtung rechtlicher Verpflichtungen zur Aufbewahrung erforderlich ist.

Ihre Rechte

Soweit Sie ein/e von der Datenverarbeitung Betroffene/r sind, haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berechtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Zudem können Sie die Löschung (Art. 17 DSGVO) oder die Einschränkung der Verarbeitung (Art.18 DSGVO) Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen.

Soweit die Verarbeitung Ihrer Daten auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e) oder f) DSGVO beruht, haben Sie das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, Widerspruch gemäß Art. 21 DSGVO einzulegen. Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

Wenn die Verarbeitung ausschließlich auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO erfolgt, haben Sie das Recht, die erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Beschwerderecht

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nach Ihrer Einschätzung gegen Datenschutzbestimmungen verstößt, sind Sie berechtigt, sich bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde (Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Ludwig-Erhard-Str. 22, 20459 Hamburg, Telefon: 040-42854-4040, Fax: 040/42854-4000, E-Mail: mailbox@datenschutz.hamburg.de) zu beschweren.

Ergänzende Informationen

Weitere Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und zu Ihren Rechten erhalten Sie unter folgendem Link: <https://www.ifbhh.de/datenschutzerklaerung>